

Die Steady-State-Ökonomie: Was sie ausmacht, was sie mit sich bringt und was sie genau bedeutet

Brian Czech | Herman E. Daly

In ihrer Einschätzung des Wirtschaftswachstums beschrieb die amerikanische Wildlife Society den „fundamentalen Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Artenschutz“: Wächst die Wirtschaft, wird natürliches Kapital wie Holz, Boden oder Wasser in die menschliche Sozioökonomie umverteilt (Trauger et al. 2003, S. 2; siehe Abbildung 1). Nach Ansicht vieler könne dieser Konflikt durch technischen Fortschritt beigelegt werden. Aber technischer Fortschritt fördert Wirtschaftswachstum, weitet die menschliche Nische in der Natur aus und verschärft den Konflikt (Czech 2003).

Im Allgemeinen ist es schlichtweg nicht möglich, Werte miteinander auszusöhnen, die in einem fundamentalen Konflikt zueinander stehen – auch wenn Kompromisse manchmal als Aussöhnung dargestellt werden. Viel an Natur- und Artenschutz ist solchen Kompromissen mit dem Wirtschaftswachstum geopfert worden, manchmal unter dem Deckmantel eines „qualitativen“ Wachstums oder „smart growth“ – und wird es nach wie vor. Deshalb versucht die Wildlife Society, eine Position zum Wirtschaftswachstum zu entwickeln. Auf dem Jahreskongress der Gesellschaft 2003 wurde ein Positionspapier präsentiert, das in seiner politisch progressiven Ausrichtung jener der amerikanischen Vereinigung für Ökologische Ökonomik ähnelt, jedoch stärker auf den Naturschutz Bezug nimmt. Besonders konfliktträchtig ist Punkt 5 des Positionspapiers, der festhält, dass „eine Steady-State-Ökonomie – ein Wirtschaftssystem mit relativ stabilem, nur geringfügig schwankendem Produkt aus Bevölkerung und Pro-Kopf-Verbrauch – eine existenzfähige Alternative zu einer wachsenden Wirtschaft und ein adäquateres Modell für die Vereinigten Staaten von Amerika und andere, große und wohlhabende Volkswirtschaften“ darstellt.

Zur Bedeutung und zu den Implikationen dieses Ziels sind mittlerweile eine Reihe von Fragen und Bedenken geäußert worden. Die am häufigsten gestellten Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden.

1. Was ist eine Steady-State-Ökonomie?

Die herausragende Eigenschaft der Steady-State-Ökonomie¹ ist ihre konstante Größe (Daly 1997). Ein Wirtschaftssystem dieser Art ist weder Wachstum noch Schrumpfung und Rezession unterworfen. Genauer gesagt, bleiben sowohl Bevölkerung (das Arbeitskräfteangebot) als auch Kapitalstock konstant, ebenso wie die Materialflüsse in Form von Energie und Ressourcen zur Produktion von Waren und Dienstleistungen.

Solcherart konstante Produktionsfaktoren bringen innerhalb eines gegebenen technischen Systems einen gleich bleibenden Strom an Waren und Dienstleistungen hervor. Technischer Fortschritt kann zu einer Steigerung der Effizienz der Nutzung von Energie und Materialien führen, mit dem Ergebnis einer größeren Anzahl (oder höheren Qualität) von Waren und Dienstleistungen. Effizienzerhöhungen sind jedoch durch die Gesetze der Thermodynamik begrenzt; damit bestehen auch Grenzen für Anzahl und Qualität von Waren und Dienstleistungen, die in einem bestehenden Ökosystem produziert werden können. Mit anderen Worten gibt es eine maximale Größe, die eine nicht wachsende Volkswirtschaft einnehmen kann, und diese richtet sich nach dem ökologischen Prinzip der Tragekapazität (carrying capacity; in Abbildung 1 bezeichnet als K). Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz entstehen allerdings bereits auf einem Niveau, das noch weit von der maximal denkbaren Größe einer Steady-State-Ökonomie entfernt ist.

„Gleich bleibend“ oder „konstant“ bedeutet nicht, dass es in einem solchen System zu keinerlei messbaren Veränderungen käme. Gemeint ist vielmehr, dass geringfügige, kurzfristige Schwankungen (in politischen und wirtschaftlichen Maßstäben sind damit Zeiträume bis zu einem Jahrzehnt angesprochen) mit einer Tendenz zu einem langfristig stabilen Gleichgewicht einhergehen. Änderungen im langfristigen Gleichgewichtszustand zeugen von Prozessen evolutionären, geologischen oder kosmischen Ursprungs, die die Tragekapazität der Erde für die

menschliche Sozioökonomie verändern, im Allgemeinen aber zu langsam ablaufen, um praktische Bedeutung für Manager oder Politiker zu erlangen – wenngleich es zu dramatischen Ausnahmen durch Vulkanausbrüche, die die Erdatmosphäre verändern, und Kollisionen mit Meteoriten kommen kann.

Das wesentliche Argument für eine Steady-State-Ökonomie ist, dass sie (und mit ihr die natürliche Artenvielfalt) langfristig aufrechterhalten werden kann. Im Gegensatz dazu ist weder eine wachsende noch eine schrumpfende Wirtschaft in langer Frist nachhaltig. Da das Ziel der Nachhaltigkeit sozusagen die Existenzberechtigung für eine Steady-State-Wirtschaft darstellt, muss diese durch eine weitere Eigenschaft charakterisiert werden: Schadstoffemissionen werden auf ein Maß beschränkt, das unterhalb der Aufnahmekapazität der Umwelt liegt (Daly 1997). Schadstoffakkumulationen gefährden ökologische Systeme und führen zu einer langfristigen Senkung von deren Tragekapazität.

2. Wie wird die Lebensqualität durch eine Steady-State-Ökonomie beeinflusst?

Eine stationäre Wirtschaft ähnelt einer Artenpopulation, die sich an oder geringfügig unter der Tragekapazität stabilisiert. Diese Strategie vermeidet das Schicksal von Arten, die die Tragekapazität überschreiten und folglich stark zurückgehen, da sie ihre Umwelt geschädigt und die Überlebenschancen für ihre Nachkommen gefährdet haben. Wildtierbiologen wissen jedoch, dass eine große Bandbreite an Reproduktionsmustern stabile Populationen sichern kann. Das gilt auch für eine Steady-State-Ökonomie: Hohe Lebenserwartung bedeutet entsprechend geringe Geburts- und Sterberaten. Eine derartige Konstellation ist, wie wir meinen, wünschenswerter als eine stationäre Wirtschaft mit geringer Lebenserwartung, hohen Geburts- und hohen Sterberaten. Gleiches gilt auch für Kapital- und dauerhafte Konsumgüter wie Fahrzeuge: Ein relativ langsamer Strom von Gütern mit hoher Qualität und Langlebigkeit ist einem schnellen Strom von Gütern mit geringer Qualität und Haltbarkeit vorzuziehen.

Solange wirtschaftliche Entwicklung als qualitativer Prozess verstanden wird, steht dieser in einer Steady-State-Ökonomie nichts entgegen. Neue wirtschaftliche Aktivitäten und Sektoren können entstehen, andere verschwinden. So kann etwa die biologische Landwirtschaft die industrielle verdrängen, die Bedeutung von Fahrrädern im Vergleich zu großen Geländefahrzeugen mag steigen, und der professionelle Fußball könnte mehr Zuschauer anziehen als die großen Autorennen. So lange

die physische Seite der Ökonomie langfristig konstant bleibt, so lange kann auch wirtschaftliche Entwicklung stattfinden.

Auch kulturelle Stagnation wäre kein Merkmal einer Steady-State-Ökonomie. Als einer der bedeutendsten Ökonomen und politischen Philosophen der Geschichte betonte John Stuart Mill (1806–1873), dass eine Wirtschaft ohne das Ziel physischen Wachstums politischen, ethischen und spirituellen Entwicklungen förderlicher wäre (Mill 1900).

3. Welche Auswirkungen auf die Beschäftigung hat eine Steady-State-Ökonomie?

In volkswirtschaftlichen Debatten wird häufig von *Ceteris-paribus*-Bedingungen gesprochen: „alles andere gleich bleibend“. Unter *Ceteris-paribus*-Bedingungen weist eine Steady-State-Ökonomie konstante Beschäftigungsquoten auf. Diese Bedingungen bestehen im Materialdurchfluss pro Arbeitsplatz, den Löhnen und dem Pensionsalter. So gehen beispielsweise höhere Beschäftigungsquoten mit geringerem Materialdurchfluss, niedrigerem Lohn und Pensionsalter einher.

Ceteris paribus bedeutet jedoch nicht, dass alle Arbeitsplätze auf Dauer bewahrt werden. Da sich die wirtschaftliche Entwicklung fortsetzt, kann etwa in der Rohstoffgewinnung die Anzahl an Arbeitsplätze auf den Ölfeldern zurückgehen, während Arbeitsplätze in der Betreuung von Windkraftanlagen zunehmen. Im Kultursektor nimmt vielleicht die Anzahl an Gitarrenvirtuosinnen zu, während Flötenspieler weniger werden. Unter *Ceteris-paribus*-Bedingungen existiert eine optimale Größe der Ökonomie aus Sicht der gesamten Gesellschaft.

4. Ist die Pensionsvorsorge in einer Steady-State-Wirtschaft gefährdet?

Welche Auswirkungen hat eine stationäre Wirtschaft dieser Art auf Pensionskonten und auf die Sparkonten im Allgemeinen? Die Beantwortung dieser Frage im Rahmen der Ökologischen Ökonomik erfordert, dass wir uns mit der Entstehung des (Geld-) Einkommens auseinandersetzen. Einkommen widerspiegelt die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und daher den Verlust oder die Umwandlung von natürlichen Habitaten. Dieses Verhältnis von Einkommen und natürlichen Ressourcen kann am besten in der Landwirtschaft und in der Rohstoffgewinnung beobachtet werden. Wie bereits die Physiokraten, die Vorläufer der klassischen Ökonomen, betont haben, geht alles Geldeinkommen auf den Überschuss aus der landwirtschaftlichen Produktion

zurück (Heilbroner 1992). Ohne diesen Überschuss wäre die Zeit jedes Menschen ausgefüllt mit der Beschaffung von Nahrungsmitteln, mit Jagen, Sammeln oder Subsistenzlandwirtschaft, sodass keine Kapazitäten für die (bezahlte) Produktion anderer Güter (und noch viel weniger für die Produktion von „höheren“ Dienstleistungen wie Unterhaltung) zur Verfügung stünden. Mit anderen Worten sind Einkommen und Ausgaben jedes einzelnen Menschen, ganz unabhängig vom Sektor, in dem dieser arbeitet, abhängig von der Nutzung natürlicher Ressourcen und damit vom Verlust von Habitaten (Czech 2000b).

In der Ökologischen Ökonomik wird auf die Diskussion um natürliche Ressourcen und Einkommen häufig mit dem Begriff des „Naturkapitals“ Bezug genommen (Daly/Farley 2003, S. 17) und „Einkommen“ im Sinne des Nobelpreisträgers Sir John Hicks (1904–1989) aufgefasst (Hicks 1948, S. 172). Naturkapital ist der Bestand an natürlichen Ressourcen (z.B. ein Wald), der einen erneuerbaren Strom an Gütern und Dienstleistungen (z.B. Lebensräume für Vögel, Holz für Menschen) hervorbringt. Einkommen im Hicks'schen Sinne ist das Maximum an Konsum in einer gegebenen Periode, bei welchem die Produktionskapazität des Naturkapitals intakt bleibt. Wenn die Menge an konsumierten Gütern innerhalb dieser Periode dem Wachstum des (natürlichen) Kapitalstocks entspricht, dann bleibt die Produktionskapazität konstant und kann daher in der nächsten Periode den gleichen Zuwachs produzieren. Wenn der Konsum das Wachstum des Naturkapitals übersteigt, dann wird dieses liquidiert (aufgebraucht), und die zukünftige Produktionskapazität verringert sich. Die Kardinalsünde der derzeit praktizierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (z.B. zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts) ist, den Verzehr von Naturkapital als zusätzliches Einkommen zu betrachten.

In einer stationären Wirtschaft bleibt der reale Durchschnittslohn von einer Generation zur nächsten konstant. „Real“ bedeutet, dass die Inflation hierbei berücksichtigt wird. Da das Einkommen den Gebrauch natürlicher Ressourcen widerspiegelt, bleibt bei konstantem Einkommen auch der „ökologische Fußabdruck“ stabil (Wackernagel/Rees 1996). Mit anderen Worten, ein konstantes Einkommen ist auch ein Hicks'sches Einkommen.

Wenn ein stationärer Zustand in einer Gesellschaft mit moderater Bevölkerungsdichte eingeführt wird, besteht die Möglichkeit, dass alle arbeitenden Menschen und deren Nachfolgegenerationen ein relativ hohes Einkommen erwirtschaften. Dieses Szenarium ähnelt dem ökologischen Szenarium einer Wildtierpopulation mit geringer Dichte, aber einem hohen Nahrungsmittelangebot pro

Individuum. Wenn jedoch eine Volkswirtschaft mit relativ hoher Bevölkerungsdichte den stationären Zustand anstrebt, steht den einzelnen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ein geringeres Durchschnittseinkommen zur Verfügung, vergleichbar einer Wildtierpopulation mit hoher Dichte und einem geringeren Nahrungsmittelangebot pro Individuum.

Wir sind der Überzeugung, dass die stationäre Wirtschaft auf einem relativ niedrigen Bevölkerungsniveau etabliert werden sollte. Diese Variante erlaubt hohe Einkommen, die wiederum entsprechende soziale Absicherung und Pensionsvorsorge ermöglichen, was die Transformation politisch akzeptabler und das neue System stabiler macht. Wir glauben daher, dass eine Steady-State-Ökonomie sobald als möglich etabliert werden sollte. Je mehr die Bevölkerung wächst, umso unwahrscheinlicher wird es, dass die Einkommen hoch genug ausfallen, um angemessene Pensionen zu finanzieren.

5. Führt eine Steady-State-Economy zu einem Niedergang der Aktienkurse?

Die in der Überschrift formulierte Frage ergibt sich aus dem vorangegangenen Abschnitt und der Tatsache, dass es in Nordamerika üblich ist, Ersparnisse in Aktien anzulegen, um für die Pension Vorsorge zu treffen. Da die Ansicht verbreitet ist, Aktienmärkte seien auf wirtschaftliches Wachstum angewiesen, ist es verständlich, dass die Frage auftaucht, ob diese in einer Steady-State-Ökonomie überhaupt existieren können. Selbstverständlich kann es sie geben, und wahrscheinlich wird es sie auch geben. Unternehmen müssen nach wie vor in ihre Kapitalausstattung investieren, nämlich in jenem Ausmaß, in welchem ihr Kapitalstock an Wert verliert (Abschreibung). Auf Märkten gehandelte Aktien stellen zum volkswirtschaftlichen Nutzen aller Liquidität für Investoren bereit und bieten einen effizienten Mechanismus für die Beschaffung von Investitionskapital.

Aktienmärkte wachsen und schrumpfen im Gleichklang oder auch verzögert mit dem Bruttoinlandsprodukt, dem Geldwert der neu produzierten Güter und Dienstleistungen. Es gibt sowohl in boomenden Märkten wie in Niedergangsphasen jeweils Gewinner und Verlierer, auch wenn die Gewinner eher in den wachsenden Märkten wahrgenommen werden. Aber in einer stationären Wirtschaft mit gleich bleibendem Bruttoinlandsprodukt können Aktienmärkte nicht über längere Zeiträume wachsen oder schrumpfen. Es gäbe zwar auch Gewinner und Verlierer, Insolvenzen und Substitutionen durch

wettbewerbfähigere Unternehmen. Der Aktienmarkt gliche jedoch weniger einem Casino als in der Wachstumsökonomie.

Es ist sogar so, dass wirtschaftliches Wachstum langfristig zu einem andauernden und weitgehenden Zusammenbruch der Aktienmärkte führen wird, da der Kapitalbedarf die produktiven Kapazitäten unserer Erde überschreiten wird. Für eine Steady-State-Economy einzutreten, kann also nicht nur mit dem Natur- und Umweltschutz begründet werden, sondern auch mit der Verringerung der Volatilität – der Schwankungsbreite – auf den Aktienmärkten.

Es gibt zur Beschaffung von Investitionskapital selbstverständlich auch Alternativen zu den Aktienmärkten wie private Banken, Genossenschaften oder den Staat. Und diese agieren ja tatsächlich weltweit als aktive Geldgeber. Wie hoch die jeweilige Bedeutung dieser Institutionen in den einzelnen Volkswirtschaften ist, hängt von deren nationaler Geschichte, von vorherrschenden Ideologien und der jeweiligen „politischen Ökonomie“ ab, was uns zur nächsten, sehr wichtigen Frage bringt.

6. Braucht eine Steady-State-Ökonomie eine sozialistische Staats- und Regierungsform?

Man könnte auch allgemeiner fragen: Welche Regierungsform wäre für eine Steady-State-Ökonomie am förderlichsten? Wäre die bestgeeignete Staatsform etwa in einer kapitalistischen Demokratie, einer kommunistischen Planwirtschaft oder gar einer Diktatur zu sehen? Theoretisch wäre jede dieser Regierungsformen mit einer stationären Wirtschaft vereinbar, aber, wie wir glauben, keine davon unserem Ziel besonders förderlich. Denn bislang waren die Regierungen dieser Staatsformen mehr damit beschäftigt, Wirtschaftswachstum zu fördern, als sich mit anderen bedeutsamen Herausforderungen zu befassen, zum Beispiel mit der Beseitigung von Armut oder mit dem Natur- und Umweltschutz.

Wir meinen, dass die geeignetste Regierungsform – eine Form, die dem nationalstaatlichen System des 21. Jahrhunderts entspricht – eine Verfassungsdemokratie mit mehr gemeinwirtschaftlichen Elementen als in der gegenwärtigen US-amerikanischen Ausprägung wäre. „Sozialistische Demokratien“, wie sie in den Politikwissenschaften genannt werden (Brown 1995), gibt es in vielen Staaten insbesondere in Europa – zum Beispiel in Schweden oder in der Schweiz. In den Wirtschaftswissenschaften werden diese Systeme häufig als „gemischte Volkswirtschaften“

bezeichnet. Die Regierungen sind demokratisch, aber der Staat spielt in der Steuerung der Wirtschaft eine bedeutendere Rolle als in den Vereinigten Staaten. Auch wenn der Begriff einer sozialistischen Demokratie vornehmlich vom marxistischen Lager gebraucht wird, so haben doch wenige sozialistische Demokratien kommunistische Regierungen.

In einer typischen sozialistischen Demokratie sind die meisten Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) in privatem Eigentum, nicht in jenem des Staates. Einige Teilbereiche der Produktionsfaktoren werden jedoch effizienter und gerechter im öffentlichen Interesse verwaltet und befinden sich im Staatseigentum. Beispielsweise können private Haushalte den Grund und Boden, auf dem sie wohnen, besitzen, während sich große Wälder, Grünflächen, mineralische Lagerstätten, Ölfelder und Fischereigebiete im Staatseigentum befinden. Der Staat tendiert auch dazu, kapitalintensive Anlagen wie Kraftwerke, Eisenbahnstrecken und Fluglinien zu besitzen und zu betreiben. Sozialistische Demokratien stellen häufig auch Dienstleistungen zu Verfügung, die als zu wichtig angesehen werden, als dass sie dem privaten Sektor und dessen Streben nach Gewinnmaximierung überlassen werden können, wie zum Beispiel das Gesundheitssystem, Bildung und Umweltschutz.

Die „sozialistische“ unterscheidet sich eher im Grad als in der Substanz von der (amerikanischen) „kapitalistischen“ Demokratie. Tatsächlich entsprechen die Vereinigten Staaten seit dem „Manifest Destiny“ im frühen 19. Jahrhundert nicht annähernd einer tatsächlich vollständig freien „Laissez faire“-Marktwirtschaft. Die amerikanische Regierung besitzt einiges an Land, betreibt einige Kraftwerke und stellt Gesundheitsleistungen zur Verfügung. Indessen gibt es seit dem Fall der Sowjetunion im Jahr 1991 auf der Welt auch keinen vollkommen kommunistischen Staat, in welchem praktisch nichts außerhalb der Sphäre des Haushalts in Privateigentum wäre.

Ein Aspekt dieses Themas ist die zentrale Planung. Vielleicht ruft das Ziel einer Steady-State-Ökonomie bei dem einen oder anderen Assoziationen an eine Zentralverwaltungswirtschaft unter dem einstmals gefürchteten sowjetischen Politbüro hervor. Tatsächlich aber taucht das Thema Zentralplanung immer dann auf, wenn wir uns ein BIP-Wachstum von 3 bis 4 Prozent vornehmen, wie es die amerikanische Regierung über ihre Beraterstäbe, die Notenbank oder das Wirtschaftsministerium regelmäßig verkündet. Wachstumsziele in dieser Form zu setzen erinnert weit eher an das überholte sowjetische Modell mit seinen Plänen

IN ANBETRACHT DER FOLGENDEN UMSTÄNDE ...

1. Wirtschaftswachstum, wie es in den Standardlehrbüchern der Volkswirtschaftslehre dargestellt wird, ist eine Zunahme der Produktion und des Konsums von Waren und Dienstleistungen.
2. Wirtschaftswachstum entsteht bei einem Wachstum des gemeinsamen Produkts aus Bevölkerung und Pro-Kopf-Konsum.
3. Die Weltwirtschaft wächst als integriertes Ganzes, bestehend aus Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Sachgütererzeugung und Dienstleistungen, die allesamt physischen Input benötigen und Abfall erzeugen.
4. Wirtschaftswachstum wird im Allgemeinen durch das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Bruttonationalprodukts (BNP) gemessen.
5. Wirtschaftswachstum ist und war ein prioritäres, stetig verfolgtes Ziel vieler Gesellschaften und der meisten Regierungen.
6. Nach den anerkannten Gesetzen der Physik und der Ökologie gibt es eine Grenze für Wirtschaftswachstum.
7. Es gibt zunehmend starke Hinweise darauf, dass das globale Wirtschaftswachstum negative Effekte auf die langfristige ökologische und ökonomische Wohlfahrt hat.
3. Technischer Fortschritt hat viele positive und negative ökologische und ökonomische Auswirkungen und ist nicht in der Lage, den Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und langfristiger ökologischer und ökonomischer Wohlfahrt aufzulösen.
4. Wirtschaftswachstum, gemessen durch wachsendes BIP, ist ein zunehmend gefährliches und anachronistisches Ziel, vor allem in reichen Staaten mit breit gestreutem Wohlstand.
5. Eine Steady-State-Ökonomie – das ist ein Wirtschaftssystem mit relativ stabilem, geringfügig schwankendem Produkt aus Bevölkerung und Pro-Kopf-Verbrauch – ist eine existenzfähige Alternative zu einer wachsenden Wirtschaft und ein adäquateres Modell für große, reiche Volkswirtschaften.
6. Die langfristige Nachhaltigkeit und Stabilität einer Steady-State-Wirtschaft erfordert eine überschaubare Größe, damit unerwartete oder auch vorhersehbare Versorgungsschocks wie Dürren oder Energieknappheiten nicht dazu führen, dass die ökologischen und ökonomischen Tragkapazitäten überschritten werden.
7. Wirtschaftliche Entwicklung als qualitativer Prozess, bei dem verschiedene Technologien erprobt werden und sich die relative Bedeutung von volkswirtschaftlichen Sektoren verschieben kann, wird in einer Steady-State-Ökonomie nicht ausgeschlossen.
8. Sobald reiche Nationen eine Steady-State-Wirtschaft eingeführt haben, sollten sie andere Länder auf dem Weg vom Wirtschaftswachstum zum stationären Zustand unterstützen und zwar zunächst jene, die einen hohen Pro-Kopf-Verbrauch aufweisen.
9. Für viele Staaten mit verbreiteter Armut bleibt das Wachstum des Pro-Kopf-Verbrauchs – oder eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes – ein richtiges Ziel.

... SCHLIESSEN WIR UNS FOLGENDEN POSITIONEN AN:

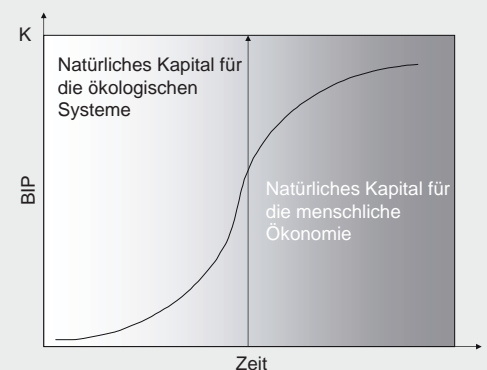
1. Es gibt einen fundamentalen Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz (z.B. Biodiversitätsschutz, saubere Luft und sauberes Wasser, Stabilität des Klimas).
2. Es gibt einen fundamentalen Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und den ökologischen Dienstleistungen als Fundament der menschlichen Ökonomie (z.B. Befruchtung, Abbau, Klimaregulierung).



(1) UMVERTEILUNG VON NATÜRLICHEM KAPITAL IM PROZESS DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS

Mit dem Wachstum der Ökonomie wird Naturkapital wie Boden, Wasser oder Holz (ausgedrückt durch die Fläche oberhalb der S-förmigen Kurve) liquidiert und in der menschlichen Ökonomie in Waren und Dienstleistungen umgewandelt (ausgedrückt durch die Fläche unterhalb der Kurve).

Quelle: Czech 2000a



Brian Czech | Herman Daly

CASSE-Position zum Wirtschaftswachstum
(CASSE: Center for the Advancement of the Steady State Economy, www.steadystate.org)

zur Wachstumsmaximierung (Collins 2000) als an eine Steady-State-Ökonomie. Unabhängig davon, wie hoch das Ziel gesteckt wird, ob null, drei oder sechs Prozent, es folgen spezifische makroökonomische politische Strategien, die typischerweise das Steuersystem, Subventionen und Geldmarkt-Regulierungen umfassen. Wenn wir all das als „zentrale Planung“ bezeichnen wollen, dann sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass diese bereits ein Bestandteil des amerikanischen Systems ist.

Wir glauben nicht, dass es wünschenswert wäre, dass ein Land wie die USA die Produktionsfaktoren in jedem Sektor verstaatlicht. Aber selbst streng orthodoxe Ökonomen erkennen die Existenz von öffentlichen Gütern an, die nicht effizient vom Markt produziert werden können, weil sie der Nicht-Rivalität (also nicht dem Wettbewerbsprinzip) und Nicht-Ausschließbarkeit (nicht privatisierbar) unterliegen (Jones 1998). Beispiele dafür sind die nationale Verteidigung, die Ozonschicht und der Natur- und Artenschutz. Für rivalen, wettbewerbsfähige und ausschließbare, private Güter ist der Markt ein relativ effizienter Mechanismus zur Allokation von Produktionsfaktoren und zur Verteilung von Waren und Dienstleistungen. Gewehre, Butter und Unterhaltung sollten nicht von der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Wenn es aber um Arten- und Naturschutz geht, dann sollten wir uns weiter für das nordamerikanische Modell einschließlich dessen „sozialistischer“ Aspekte einsetzen. Der Naturschutz kann es sich nicht leisten, vor den propagandistischen Geistern des Kalten Krieges auf die Knie zu gehen.

7. Wie groß sollte eine Steady-State-Economy sein?

Wann immer diese Frage gestellt wird, mündet sie in Diskussionen über die ultimative ökonomische Tragkapazität der globalen Ökosysteme. Dies ist tatsächlich eine wichtige Frage und einer der Kernaspekte der Ökologischen Ökonomik. Aus Sicht der Wildlife Society schlagen wir jedoch eine andere Fragestellung vor: Wie viele Arten und Lebensräume sollten geschützt werden? Vermutlich würden viele Mitglieder der Wildlife Society antworten: „So viele, wie möglich und noch übrig sind!“ Darin liegt die Antwort auf die Frage nach der Größe der Steady-State-Ökonomie: Der Schutz von noch überlebenden Arten erfordert, dass wir eine solche so rasch als möglich und so nah wie möglich an der derzeitigen Größe einrichten.

Mit Naturschutzgebieten allein werden Arten und Lebensräume kaum geschützt werden können. Solange Wirtschaftswachs-

tum von Politik und Öffentlichkeit als prioritäres Ziel gesehen, überparteilich getragen und beständig vertreten wird, werden die Grenzen und Mandate zum Erhalt der staatlichen Naturschutzflächen immer wieder in Frage gestellt werden (Czech 2002). Ein Resultat des ökonomischen Wachstumsdrangs sind beispielsweise permanente Versuche, weitere Teile des Arktischen Nationalen Wildtierreservats (Arctic National Wildlife Refuge) zwecks Ausbeutung der Ölvorkommen zu öffnen.

Die Wildlife Society hat die Aufgabe, die Öffentlichkeit über den fundamentalen Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Arten- und Naturschutz aufzuklären. Nur dann kann diese in die Lage versetzt werden, eine „informierte Entscheidung“ über die gewünschte Größe ihrer Wirtschaft zu treffen. Fehlt es an solcher Anleitung, wird die amerikanische Öffentlichkeit ohne Unterlass mit einer Win-Win-Rhetorik gefüttert und ihr weisgemacht, dass es keinen Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Naturschutz gäbe (Czech et al. 2003).

8. Wieso ist eine Steady-State-Economy gerade für die Vereinigten Staaten und andere große Volkswirtschaften eine gangbare Alternative?

Umgekehrt gefragt: Warum ist eine Steady-State-Economy für kleine, arme Volkswirtschaften wie Haiti, Uganda oder Nepal nicht genauso geeignet? Und wie passt dieses Konzept zu kleinen, reichen Volkswirtschaften wie der Schweiz oder zu großen, aber armen wie Indien? Unsere Antwort beinhaltet sowohl praxisbezogene wie ethische Aspekte: Nur eine reichere Nation kann es sich in politischer und finanzieller Hinsicht leisten, auf eine Steady-State-Ökonomie mit einem vernünftigen Lebensstandard umzusatteln. Auch kleine reiche Staaten sollten animiert werden, eine solche Wirtschaftsform anzustreben, aber angesichts der globalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse und des internationalen politischen Drucks verfügen nur große Nationen über die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Stärke, um eine Steady-State-Ökonomie ein- und weiterzuführen.

HINWEIS

Dieser Beitrag ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung des amerikanischen Originals „The steady state economy. What it is, entails, and connotes“, erstmals erschienen in *Wildlife Society Bulletin* 32(2), S. 598–605, veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung der Wildlife Society. <http://www.steadystate.org/Files/SSE.pdf>
Übersetzung: Michael Getzner

AUTOREN

BRIAN CZECH, Jg. 1960, Studium der Kulturtechnik und Wasserwirtschaft sowie Natural Resources Studium des Ressourcenmanagements an der University of Arizona; Gastprofessor für Ökologische Ökonomik und Artenschutzpolitik an der Virginia Tech University, Naturschutzbiologe des U.S. Fish and Wildlife Service, Präsident des Center for the Advancement of the Steady State Economy. E-Mail: brianzech@juno.com

HERMAN DALY, Jg. 1938, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Vanderbilt University; seit 1994 Professor an der School of Public Affairs, University of Maryland; Mitbegründer der Ökologischen Ökonomik und der International Society of Ecological Economics, zahlreiche Publikationen über die Steady-State-Ökonomie. E-Mail: hdaly@umd.edu

ANMERKUNG

Für den Begriff „Steady-State-Economy“ gibt es in der deutschen Sprache keine einfache Übersetzung. Man könnte ihn mit „(ausgewogen) stabiler Wirtschaft“, „stationärer Wirtschaft“ oder „nachhaltiger Wirtschaft“ übersetzen. Im Kern geht es darum, dass das Einkommen, welches derzeit durch den Verzehr natürlicher Ressourcen erzielt wird, stabil innerhalb der Tragkapazität der natürlichen Systeme bleibt. Die vorliegende Übersetzung bleibt so nah wie möglich am amerikanischen Original. M.G.

LITERATUR

- Brown, M.B. (1995):** Models in political economy: a guide to the arguments. New York (Penguin, second edition)
- Clarke, J.N. / D.C. McCool (1996):** Staking out the terrain: power and performance among natural resource agencies. State University of New York, Albany (second edition)
- Collings, R.M. (2000):** More: the political economy of growth in postwar America. Oxford University, Oxford
- Czech, B. (2000a):** Economic growth as the limiting factor for wildlife conservation. In: Wildlife Society Bulletin 28, pp. 4–14
- Czech, B. (2000b):** Shovelng fuel for a runaway train: errant economists, shameful spenders, and a plan to stop them all. University of California, Berkeley
- Czech, B. (2002):** A transdisciplinary approach to conservation land acquisition. In: Conservation Biology 16, pp. 1488–1497
- Czech, B. (2003):** Technological progress and biodiversity conservation: a dollar spent a dollar burned. In: Conservation Biology 17, pp. 1455–1457
- Czech, B. et al. (2003):** The iron triangle: why The Wildlife Society needs to take a position on economic growth. In: Wildlife Society Bulletin 31, pp. 574–577
- Daly, H.E. (1997):** Beyond growth: the economics of sustainable development. Boston, Massachusetts (Beacon)
- Daly, H.E. / J. Farley (2003):** Ecological economics: principles and applications. Washington D.C. (Island Press)
- Heilbroner, R.L. (1992):** The worldly philosophers: the lives, times, and ideas of the great economic thinkers. New York (Simon and Schuster, sixth edition)
- Hicks, J.R. (1948):** Value and capital. New York (Oxford University Press, second edition)
- Jones, C.I. (1998):** Introduction to economic growth. New York (W.W. Norton)
- Mill, J.S. (1900):** Revised edition. Principles of political economy, with some of their applications to social philosophy. New York (Colonial Press)
- Trauger, D.L. / B. Czech / J.D. Erickson / P.R. Garrettson / B.J. Kernohan / C.A. Miller (2003):** The relationship of economic growth to wildlife conservation. In: Wildlife Society Technical Review 03–1. The Wildlife Society, Bethesda, Maryland
- Wackernagel, M. / W. Rees (1996):** Our ecological footprint: reducing human impact on the earth. New Society, Gabriola Island, British Columbia, Canada